

Gegen Stadthalle und abgespeckten Bürgerpark

REUTLINGEN. »Wir müssen jetzt die Notbremse ziehen«, sagt Rainer Buck, Fraktionssprecher der Grünen und Unabhängigen im Gemeinderat. Vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der Haushaltssperre ist seine Fraktion der Auffassung, dass Großprojekte – allen voran die Stadthalle samt Bürgerpark – dringend auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Und zwar möglichst schnell.

Noch vor der Sommerpause haben die Grünen Oberbürgermeisterin Barbara Bosch deshalb ein Antragspaket vorgelegt, das in Teilen schon in der heutigen Gemeinderatssitzung zur Sprache kommen soll. Die neu gewählte Gemeinderätin der Grünen, Özlem Isfendiyar, kritisiert die nach Ansicht der Grünen überstürzte und wenig transparente Politik im Reutlinger Rathaus: Sie und ihre Fraktion fordern eine komplette Liste, die deutlich macht, was nun eigentlich von der Haushaltssperre betroffen sein soll und was nicht. »Wir sind den Bürgern Klarheit schuldig.«

Weiterhin fordern die Grünen, dass alle denkbaren Projekte gleichzeitig von der Haushaltssperre betroffen sein sollen. Abwägungen, welche Projekte aus-

genommen werden, wollen sie auf die Nachtragshaushaltsberatungen fürs Jahr 2010 im Januar vertagen. Grundsätzliche Ausnahmen sollen zum jetzigen Zeitpunkt nur für Bereiche gelten, in denen es rechtliche Verpflichtungen gibt – etwa in der Kinderbetreuung. Deren Ausbau ist bis 2013 gesetzlich vorgeschrieben.

Lieber die Listhalle sanieren

In der heutigen Sitzung geht es der Grünen-Fraktion vor allem darum, das Projekt Bürgerpark auszubremsen. Der Park rund um die neue Stadthalle unterliegt nach derzeitigem Stand zwar grundsätzlich der Haushaltssperre, allerdings soll es eine abgespeckte Version geben. Dass dafür heute ein Teilbetrag von 840 000 Euro vom Gremium abgesegnet wird, wollen die Grünen verhindern. »Ich sehe nicht ein, warum man das unbedingt noch vor den Ferien im Schnellverlauf machen muss und nicht in Ruhe überdenkt«, kritisiert Özlem Isfendiyar.

Was die Stadthalle selbst betrifft, haben die Grünen zunehmend den Eindruck, dass angesichts der klammen Finanzlage immer mehr Bürger dem Groß-

projekt kritisch gegenüberstehen und befürchten, dass andere Dinge zu kurz kommen. »Die Verhältnismäßigkeit stimmt nicht mehr«, sagt Özlem Isfendiyar. »Die Vorgehensweise der Stadtverwaltung erinnert mich an einen patriarchalischen Papa, der einen Daimler kauft und den Rest der Familie gucken lässt, wo sie bleibt.« Gespart werde, so die Grünen, am falschen Ende – beispielsweise im Bereich der Kinderbetreuung.

Die rund 42 Millionen Euro, die für die Stadthalle bereitgestellt sind, wollen die Grünen laut Antrag lieber aufsplitten und auf verschiedene Projekte verteilen. An erster Stelle stünde demnach die Sanierung der Listhalle mit 15 Millionen Euro. Weitere 10 Millionen Euro wollen die Grünen für andere Bauprojekte verwenden – oberste Priorität haben die Carl-Diem-Halle, die Planie 22 und das Feuerwehrhaus in Sickenhausen. Weitere 10 Millionen Euro würden die Grünen gerne in den Abbau von Schulden investieren. Der Bau der Stadthalle soll, so das Ziel der Fraktion, auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden. Kritik übt Rainer Buck an der bisherigen Finanzierungs politik: Die Oberbürgermeisterin habe bei

der ersten Beratung der Haushaltssperre selbst darauf hingewiesen, dass ein relativ niedriger Zuschussanteil nicht als Rechtfertigung für die Realisierung eines Projekts dienen dürfe. Genau dies sei aber bei der Stadthalle der Fall: Insgesamt fließen »nur« etwa 7,2 Millionen Euro Fördermittel – das entspricht 23 Prozent der Gesamtbaukosten. »Der ganze große Rest muss aus städtischen Mitteln finanziert werden«, sagt Buck.

Erhöhung der Gewerbesteuer

Schon in der heutigen Sitzung wollen die Grünen den ersten Schritt ihres »Notprogramms« in Sachen Finanzen einleiten: Der Jahresüberschuss der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft Reutlingen (GWG) für das Jahr 2008 soll laut Grünen-Antrag nicht in die Gewinnrücklagen eingestellt, sondern an den Gesellschafter Stadt ausgeschüttet werden. »Damit stehen 2,343 Millionen Euro zur Verfügung«, rechnet Rainer Buck vor. Auch die Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes muss nach Ansicht der Grünen in den Nachtragshaushalts-Debatten erneut diskutiert werden. (ma)